

"Schweiz ohne Armee" : ohne SGB-Gewerkschaften?

Autor(en): **Lips, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1990)**

Heft 11: **SGB-Kongress 1990**

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584120>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«SCHWEIZ OHNE ARMEE»

OHNE
S G B-
GEWERKSCHAFTEN?

von Christoph Lips

Die Abstimmung über die Armeeabschaffungs-Initiative ist vorbei. Zurückgeblieben sind verwirrte, aufgewühlte Militärsköpfe. Entstanden ist eine neue Generation von Menschen, die beginnt, alle nationalen Tabus aufzubrechen. Und wo sind die Gewerkschaften geblieben? Welche Rolle spielten sie in diesem historischen Abstimmungskampf? Haben sie den Anschluss gefunden? Oder werden sie ihn noch finden? Ein Beitrag von Christoph Lips, Zürcher Mitglied des Zentralkomitees der Gewerkschaft Druck und Papier.





Ist es nicht Ausdruck erschreckender Erstarrung, wenn in den Gewerkschaftsreihen Petitionen freie und offene Diskussionen über die Armee-Abschaffungsinitiative verlangen mussten? Ist es nicht so, dass an jedem Stammtisch, in jedem Strick- und Kegelerverein, in jeder Kirchgemeinde intensiver, unverkrampfter, auch ohne falsche Höflichkeiten über diese Initiative diskutiert wurde?

Helmut Hubachers Hilferuf an die Parteibasis der Sozialdemokratischen Partei (SPS) vor dem letztjährigen Juni-Sonderparteitag brachte eigentlich die Haltung der grossen Mehrheit der Funktionäre der Arbeiterbewegung in Sachen Armeeabschaffung auf den Punkt: «Bewahren wir uns vor einer unnötigen Zerreisprobe. Setzen wir unsere Kräfte nicht für ein totes Rennen ein, in dem es für die SP politisch nichts zu holen gibt.» Kopf einziehen und abwarten, bis der lästige Sturm vorbeigezogen ist – das war auch die vorherrschende Haltung in der breiten gewerkschaftlichen Funktionärskörperschaft.

Tatsächlich, die GSoA-Abstimmung zog an den gewerkschaftlichen Organisationen fast ohne Berührung vorbei. Diese Abstimmung erzeugte aber keinen Sturm mit verheerenden Schäden, sondern einen wohlthuenden Regen, der die öde Politwüste in Helvetien über Nacht begrünte.

«BLICK»-SCHLAGZEILEN NICHT GELESEN?

War dieses weitgehende Absichtsstehen einfach mangelnder Sensibilität routinierter Gewerkschaftsführungen zuzuschreiben, welche nicht einmal ein Auge in die armeekritischen «Blick»-Schlagzeilen warfen, um in etwa zu merken, wie die Stimmung im Volk ist?

Ich denke, dass wäre zu kurz gegriffen. Denn tatsächlich waren viele führende Gewerkschaftsfunktionäre für die GSoA-Initiative (s. Kasten). Aber gerade die Vorgänge in der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) sind bezeichnend für die vorherrschende Haltung der Leitungen. Man war höchstens hinter vorgehaltener Hand für die Initiative. Sozusagen als Privatmeinung.

Aber man erlaubte sich nicht, nur schon Überlegungen anzustellen, wie man diese Gewerkschaftsorganisationen in den Abstimmungskampf führen könnte. Man wagte nicht, daran zu denken, wie die Gewerkschaftsorganisationen zu den Tausenden, ja Zehntausenden aufbrechenden Jugendlichen Zugang finden könnten. «Bewahren wir uns vor einer unnötigen Zerreisprobe», das war die Devise.

VERSCHLAFENE CHANCE!

Der tote Hund dieser Haltung liegt tief begraben. Es ist das Resultat jahrzehntelanger fester Einbindung der schweizerischen Arbeiterbewegung in einen helvetischen Konsens mit all seinen Verbotsgeboten: Du sollst nicht die entrechtete Lage der AusländerInnen in Frage stellen, Du sollst nicht streiken, Du sollst nicht die Schweizer Handelsbeziehungen kritisieren, Du sollst nicht den Schweizer Staat und Du darfst schon gar nicht seine Armee anzweifeln!

«Es ist kein Zweifel, dass mit den Auseinandersetzungen und der Abstimmung über die Abschaffung der Armee ein fünfzig Jahre alter nationaler Konsens in die Brüche gegangen oder mindestens angeschlagen ist. Auch wenn man vom Resultat dieser Entscheidung die sogenannten Denkkzettelstimmen subtrahieren und das Resultat positiv, nämlich als «zwei Drittel für die Armee», lesen möchte, bleibt das harte Faktum, dass besonders in der jüngeren Generation, die in erster Linie die Last des Waffendienstes zu tragen hat, jene seit 1938, seit der Rückbekehrung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung, bestehende Unité doctrine der «wehrhaften Schweiz» stark angefochten ist.» (NZZ, Fred Luchsinger, 10./11.3.90)

Da ist nur noch anzumerken: Mit dieser Abstimmung ging auch die gewerkschaftspolitische Grundhaltung des «nationalen Konsenses» in die Brüche. Die Gewerkschaftsbewegung hat also eine riesige Chance verpasst, aus ihrer jahrelangen politischen und organisatori-

schen Stagnation herauszukommen.

DIE ZUKUNFT KANN NOCH EINGEHOLT WERDEN

In nächster Zukunft gibt es allerlei Möglichkeiten, um auch als Gewerkschaftsbewegung im gesellschaftspolitischen Umbruch wieder dort Tritt zu fassen, wo sich eine neue fortschrittliche Generation herausbildet. Da sind zu erwähnen:

Die Aktivitäten rund um die Armeeabschaffung/Rüstungskredite.

Der Gewerkschaftsbund und seine Verbände können die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) aktiv bei der Organisation einer Massendienstverweigerung und der Bestrebungen zur Abschaffung der Militärjustiz sowie der Straflosigkeit für Militärdienstverweigerer unterstützen. Für dienstverweigernde Gewerkschaftsmitglieder können sie juristischen und finanziellen Rechtsschutz bieten (erfreulicherweise prüfen die Leitungsorgane der Gewerkschaft Druck und Papier diese Möglichkeit).

Am nächsten Festival, das die GSoA für Ende dieses Jahres plant, müssten die Gewerkschaften hör- und sehbar dabei sein. Vielleicht gehören bei der Lancierung einer GSoA-II-Initiative Einzelverbände zu den Mitunterstützern.

Natürlich muss der nächste SGB-Kongress in seinem Programm sein Ja-Wort zu dieser Armee streichen. Denn nach der Stimmfreigabe-Parole und vor allem nach der Volksabstimmung ist im Dachverband der Konsens für die Armee ganz sicher «in die Brüche gegangen».

DIE AKTIVITÄTEN GEGEN DEN SCHNÜFFELSTAAT

Obwohl die Gewerkschaftsbewegung zum «nationalen Konsens» gehört(e?), ist sie natürlich trotzdem ein gewichtiges Opfer des Spitzelapparats (mit Hilfe gewisser Gewerkschaftsfunktionäre?). Schon aus Eigeninteressen müssen die Gewerkschaften zu den Mitlancierierenden der Initiative zur Abschaffung der politischen Polizeien gehören. Ihre anfängliche Zurückhaltung ist fehl am Platz.

Sie müssten ihre Strukturen – von ihren Rechtsdiensten bis zu ihren Infrastrukturen – für diese Kampagne öffnen.

Das sind Vorschläge, damit die Gewerkschaftsbewegung auch in der Jugend wieder zu einem gefragteren Artikel werden könnte, damit die Gewerkschaftsbewegung wieder zu einer gesellschaftlich gestaltenden Kraft zählt.

In der grössten Gewerkschaft, in der Gewerkschaft Bau und Holz, sprach sich der Zentralvorstand in einer deutlichen Mehrheit (16:3, bei 7 Enthaltungen) für die Initiative aus.

Das Zentralkomitee der Gewerkschaft Druck und Papier beschloss mit 9:5, bei einer Enthaltung, die Ja-Parole gegen Stimmfreigabe. Aber dieses gleiche Gremium bekämpfte kurz zuvor erfolgreich an ihrem ordentlichen Kongress einen Antrag, der eine Debatte über diese Initiative verlangte. Kurz nach der Abstimmung verweigerte die GDP-Zentrale ihrer Frauenkommission 100 Franken zur Mitfinanzierung eines Abstimmungsinserats. Und zu guter letzt, stellte – aufgrund von Bestrebungen konservativer Führungsmitglieder – ein Rechtsgutachten fest, dass die befürwortende Haltung des GDP-Zentralkomitees rechtswidrig gewesen sei (inzwischen war die GSoA-Abstimmung bereits vorüber!)..

Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds stimmten in einer Eventualabstimmung mit 47:32 für die Initiative, um nachher mit 83:18 Stimmfreigabe zu beschliessen.

An der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich konnte der Vorstand im letzten Moment die erforderliche Zweidrittelmehrheit für eine Ja-Parole um ganze zwei Stimmen verhindern (70:29, 9 Enthaltungen).

(Vgl. dazu ausführliche Zusammenstellung in «Diskussion», Nr. 9.)

